

11/1992

Volker Rühle neuer Verteidigungsminister

Als einen „Sachkenner von hohem Grad“ hat Bundeskanzler Helmut Kohl den neuen Bundesverteidigungsminister Volker Rühle vor der Bundespressekonferenz am 31. März in Bonn bezeichnet und seine Überzeugung ausgedrückt, daß der CDU-Generalsekretär aufgrund seiner Persönlichkeit und seiner Kenntnisse bestens geeignet sei, dieses Amt in einer schwierigen Übergangszeit gut zu führen.

Der Bundeskanzler nannte den Rücktritt von Gerhard Stoltenberg dessen „ganz persönliche Entscheidung“, deren Entgegennahme ihm nicht leicht gefallen sei, die er aber respektiere, wie er und der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, auch eine andere Entscheidung, nämlich im Amt zu verbleiben, respektiert hätten.

Helmut Kohl würdigte Gerhard Stoltenberg als einen der Mitgestalter der Bundesrepublik Deutschland in den letzten 30 Jahren. Er habe ein erhebliches Verdienst daran, daß es möglich war, ohne viel öffentliches Aufsehen die Nationale Volksarmee und ihre Bestände in die Bundeswehr zu integrieren.

Der Bundeskanzler erinnerte an den erfolgreichen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und an den Finanzminister in einer schwierigen Zeit und dankte dem Minister für seine Arbeit. (Forts. Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Hochschulpolitik

Generalsekretär Volker Rühle: Wir müssen uns über die Grundsätze einer Reform unserer Hochschulausbildung verständigen. Seite 3

● Umweltschutz

Klaus Töpfer: Die naturgerechte Entwicklung der Industriegesellschaft sichern. Seite 8

● Grundsatzprogramm

Wolfgang Schäuble: Der moderne Verfassungsstaat will Freiheit ermöglichen. Seite 15

● Frauenpolitik

Frauen muß der Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert werden. Seite 22

Dokumentation

Seine Vision ist Realität geworden

Zum 25. Todestag von Konrad Adenauer. Grüner Teil

In der nächsten Ausgabe

bringen wir im grünen Teil das vorläufige amtliche Endergebnis der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und in Schleswig-Holstein sowie die Einzelergebnisse in den Wahlkreisen.

Gerhard Stoltenberg: Der Abschied fällt mir nicht leicht

Nach Gesprächen mit politischen Freunden — so Gerhard Stoltenberg vor der Bonner Presse — habe er dem Bundeskanzler seine Rücktrittserklärung mitgeteilt.

Stoltenberg weiter: In vorhergehenden ausführlichen und freundschaftlichen Gesprächen sagten der Bundeskanzler und mein Fraktionsvorsitzender Wolfgang Schäuble mir, daß jede Entscheidung, die ich treffe, uneingeschränkt unterstützt werde. Ich danke ihnen auch hier für ihr Vertrauen.

Ich habe meine Bewertung der Vorgänge um die Nichtausführung einer Entschließung des Haushaltsausschusses zur Lieferung von 15 Leopard-Panzern in die Türkei gestern ausführlich hier gegeben und halte sie weiterhin für angemessen. Aber die Wertungen und Wahrnehmungen in einem großen Bereich der öffentlichen Meinung sind anders. Hinzu kommen Zuspitzungen im Wahlkampf in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein.

Schaden vermieden

Ich will mit meiner Entscheidung Schaden für die Union und für die Bundesregierung vermeiden. Seit 1965 habe ich in 25 Jahren als Bundesminister und Ministerpräsident Regierungsverantwortung wahrgenommen. Der Abschied aus dem schwierigen, aber schönen Amt des Bundesministers der Verteidigung fällt mir nicht leicht, der Abschied auch von der Bundeswehr.

Ich möchte trotz der Belastungen der letzten Tage diese drei Jahre nicht vermissen. Ich will mich jetzt vor allem Aufgaben in unserer Bundestagsfraktion und in der Christlich Demokratischen Union zuwenden und mit aller Kraft weiter für unsere Ziele arbeiten.

Wolfgang Schäuble: Große und bleibende Verdienste

Zum Rücktritt des Bundesministers der Verteidigung, Gerhard Stoltenberg, erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nimmt mit Respekt die Entscheidung von Gerhard Stoltenberg zur Kenntnis, von seinem Amt als Bundesminister der Verteidigung zurückzutreten. Gerhard Stoltenberg hat damit wie immer die Sache unseres Landes und seiner Partei vor die Person gestellt. Er konnte und kann des uneingeschränkten Rückhalts seiner Fraktion sicher sein.

Hervorragende Leistung

Gerhard Stoltenberg hat sich große und bleibende Verdienste für die Bundesrepublik Deutschland erworben. Als Bundesminister der Verteidigung hat er in einer Zeit dramatischer Veränderungen in der Sicherheitspolitik bei der Umstrukturierung der Bundeswehr eine hervorragende politische und organisatorische Leistung vollbracht. Sie wird mit wachsendem Abstand von den politischen Tagesauseinandersetzungen von allen dauerhaft gewürdigt werden, denen am Wohl der Bundeswehr und ihrer Soldaten und am gesicherten Frieden in Freiheit gelegen ist. Als Bundesfinanzminister hat er seit 1982 die Staatsfinanzen saniert und die große Steuerreform durchgesetzt. Er hat damit entscheidende Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Bundesrepublik Deutschland in wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Sicherheit die großen Aufgaben des Aufbaus der neuen Bundesländer und der Hilfe für Osteuropa bewältigen kann.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankt Gerhard Stoltenberg.

Generalsekretär Volker Rühle:

Wir müssen uns über die Grundsätze einer Reform unserer Hochschulausbildung verständigen

In der Hochschulpolitik ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, einen grundsätzlichen Wandel einzuleiten. Die Zahl der Studenten in den westlichen Bundesländern ist seit Ende der siebziger Jahre um 72,8 Prozent gestiegen, ohne daß der Ausbau der Hochschulen damit Schritt gehalten hätte. Und wir sollten uns auch nicht der Illusion hingeben, in den vor uns liegenden Jahren einen nennenswerten, am Bedarf orientierten Ausbau der Universitäten finanzieren zu können.

Mir scheint, daß wir uns angesichts der absehbaren Rahmenbedingungen sehr bald über die Grundsätze einer Reform unserer Hochschulausbildung verständigen müssen. Dazu möchte ich vier Aspekte zu bedenken geben:

Erstens: Unsere Hochschulen sind heute völlig überlastet: Übervolle Seminare, Fernsehübertragungen von Vorlesungen in andere Hörsäle — dies prägt heute das Bild der Universitäten. Dieses Problem läßt sich nicht allein dadurch lösen, daß wir den Zugang zu den Hochschulen begrenzen. Auch in Zukunft werden wir einen hohen Bedarf an Akademikern haben und die Befürchtungen der achtziger Jahre, es könnte ein neues Proletariat arbeitsloser Akademiker entstehen, haben sich als unzutreffend erwiesen.

Wir erkennen aber heute zunehmend, daß wir zu wenige differenzierte Angebote der Hochschulausbildung haben.

Die Gliederung in praxisbezogene Ausbildungsgänge an Fachhochschulen und wissenschaftsorientierte Studien an Universitäten ist zwar prinzipiell verworklicht, aber die Relationen haben sich verschoben. Daß die Universitäten überlastet sind und daß 25 Prozent eines Jahrgangs ihr Studium wieder abbrechen, liegt auch daran, daß Studienplatzmangel an Fachhochschulen Studierwillige veranlaßt, auf Universitäten auszuweichen. Ein Weg, dieses Problem zu lösen, ist die Neuordnung des Ausbildungsangebotes an Fachhochschulen und Universitäten. Eine solche Lösung ist nicht kostenneu-

Aus der Rede von Generalsekretär Volker Rühle auf der Bundesdelegiertenversammlung des RCDS am 6. März 1992

tral, auf jeden Fall aber die kostengünstigste und effektivste.

Zweitens: Die Hochschulpolitik in den neuen Ländern wird heute noch von Begriffen wie „Abwicklung“ und „Umstrukturierung“ bestimmt. Aber zugleich sind bereits die Umrisse einer neu gestalteten Hochschullandschaft erkennbar, die mehr ist als eine einfache Übertragung des Hochschulsystems des Westens auf Ostdeutschland. Dort hat man längst erkannt, daß der mühevoll-

Prozeß der Umgestaltung der Hochschulen nicht nur die Chance bietet, sich an westlichen Standards zu orientieren, sondern vor allem auch die ungleich größere Chance, Fehler, die im Westen gemacht worden sind, im Osten zu vermeiden. Eine kritiklose Imitation westdeutscher Hochschulpolitik wird es im Osten nicht geben — und das ist gut so.

Wir werden in einigen Jahren die Situation haben, daß die Hochschulen in Ostdeutschland in ernsthaften Wettbewerb mit westdeutschen Hochschulen treten können: durch ein höheres Maß an Über-schaubarkeit, durch modernere Ausstattungen, durch entrümpelte Studienordnungen, durch neue, praxisorientierte Kombinationen von Studiengängen.

Die Hochschulen der alten Länder werden zusehen müssen, daß sie den Zeitpunkt nicht verpassen, selbstkritisch zu prüfen, inwieweit auch Teile ihres Bildungs- und Forschungssystems einer Neuordnung bedürfen.

Verschleppter Reformbedarf

Dieser Wettbewerb zwischen den Hochschulen wird zu einer Modernisierung des deutschen Hochschulwesens insgesamt führen. Denn wir brauchen den Wettbewerb zwischen den Hochschulen, um wegzukommen von der quasi planwirtschaftlichen Verwaltung der Hochschulen, bei der Studenten durch einen Zentralcomputer verteilt und unkündbare Professoren unabhängig von ihren wissenschaftlichen Leistungen Spitzengehälter beziehen, während der junge Nachwuchswissenschaftler kaum eine Chance erhält.

Auch für die Hochschulpolitik gilt: Die deutsche Einheit bietet die Chance, verschleppten Reformbedarf in ganz Deutschland aufzuarbeiten. Im Osten

Deutschlands hat man begonnen, das Land und seine Universitäten zu modernisieren. Hier werden zur Zeit Modelle für Reformen in ganz Deutschland erarbeitet. Die Einheit wird Deutschland insgesamt jünger und moderner machen.

Drittens: Ein zweiter Modernisierungs-Impuls für die Hochschulpolitik wird von dem zusammenwachsenden Europa ausgehen. Die Wettbewerbsfähigkeit im großen europäischen Markt gewinnt zunehmend an Bedeutung und nur die Universitäten, an denen die Absolventen „europäische Kompetenz“ erwerben können, werden dauerhaft bestehen können.

Europäische Kompetenz beginnt mit der Kenntnis von Fremdsprachen und reicht bis hin zur Fähigkeit, die Bedeutung kultureller Traditionen der europäischen Regionen für wirtschaftliche Investitionsentscheidungen richtig einzuschätzen. Angesichts einer zunehmenden Internationalisierung wird z.B. ein Jurist nicht nur das deutsche, sondern auch das französische und englische Recht beherrschen müssen. Universitätsabsolventen werden in der Berufswelt zunehmend auf ein europabezogenes Anforderungsprofil treffen. Hier wird der Patentanwalt ebenso umlernen oder zusätzlich lernen müssen wie der Verkaufschef eines europaweit operierenden Produzenten von Küchengeräten.

Laufbahn-Nachteile

Im europaweiten Vergleich ist es ein strategischer Nachteil für die berufliche Laufbahn eines deutschen Hochschulabsolventen, daß er in der Regel sein Studium zu einem Zeitpunkt abschließt, zu dem sein britischer oder italienischer Mitbewerber auf dem europäischen Markt bereits drei oder vier Jahre Berufserfah-

zung hat erwerben können. Die relativ lange Dauer des Studiums in Deutschland wird sich für deutsche Absolventen als Standortnachteil in Europa zunehmend bemerkbar machen.

Während der deutsche Student in Vorlesungen theoretisches Wissen über „Die sozio-kulturelle Interdependenz der mediterranen Regionen“ erwirbt, kann sein französischer Kollege sich solche Kenntnisse bereits bei einem beruflichen Einsatz in Valencia oder Athen aneignen, wobei ihm die größere Nähe zur Praxis gewiß nicht zum Nachteil gereicht.

Verkürzung überfällig

Die Verkürzung überlanger Studienzeiten ist überfällig geworden. Dabei kann ich das Argument nicht akzeptieren, daß eine Verkürzung von Studienzeiten zu einem Weniger an Qualifikation führen muß. Natürlich kann in kürzerer Zeit im allgemeinen auch nur weniger Wissen erworben werden.

Aber in einer Zeit, in der sich das wissenschaftliche Wissen immer rascher entwickelt, muß man Abschied nehmen von der überkommenen Vorstellung, daß ein Studium die Grundlagen für eine lebenslange berufliche Qualifikation vermittelt. Angesichts des schnellen wissenschaftlichen Fortschritts muß der Erwerb von Wissen grundsätzlich anders organisiert werden. Zukünftig wird es viel stärker darauf ankommen, sich in einer ersten Studienphase jenes Basiswissen zu erwerben, auf dem die Fortbildung während der Berufstätigkeit aufbaut. Lernen wird immer mehr zu einem lebenslangen Prozeß.

Viertens: Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland in Europa und weltweit hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, die geistigen Ressourcen zu

erschließen, die notwendig sind, um auch in den kommenden Jahren durch Spitzenprodukte und Spitzen-Dienstleistungen international wettbewerbsfähig zu sein. Wir müssen in der Lage sein, möglichst weltweit konkurrenzlose Produkte zu entwickeln, kostengünstig zu produzieren und erfolgreich zu vermarkten. Wir brauchen dazu mehr denn je Eliten in Wirtschaft, Handel, Dienstleistungen und in der Politik.

Hier müssen wir uns der Frage stellen, ob in unserem Bildungswesen und insbesondere an Hochschulen hochbegabte Studenten hinreichend gefördert werden, um auch morgen über die kreativen Eliten zu verfügen, die wir brauchen, um die künftigen Herausforderungen erfolgreich zu bestehen.

Wir haben in den zurückliegenden Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, benachteiligte Jugendliche nach Kräften zu fördern, und das war gewiß richtig. Aber auch hier stellt sich die Frage nach den richtigen Proportionen: Die Mittel für die Förderung von Benachteiligten in der beruflichen Bildung betragen das Fünffache dessen, was wir derzeit für die Begabtenförderung aufwenden.

Hochbegabte besonders fördern

Die neun Begabtenförderungswerke in der Bundesrepublik finanzieren gegenwärtig die Ausbildung von 10 000 Studenten und 2 000 Doktoranden — das ist weniger als ein Prozent aller Studierenden! Zeigen diese Zahlen nicht, daß wir uns in der Vergangenheit zu sehr auf den allgemeinen Bildungserwerb konzentriert und der Förderung von besonders Begabten zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt haben?

Dabei geht es nicht nur um finanzielle Fragen. Auch die Organisation der Hochschulausbildung müßte mehr darauf

Berufsakademien bundesweit einführen

Vor dem Hintergrund einer aktuellen Stunde, bei der sich der Deutsche Bundestag mit der Stärkung des dualen Systems beruflicher Bildung auf dem Hintergrund eines drohenden Facharbeitermangels beschäftigte, hat der bildungs- und wissenschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alois Graf von Waldburg-Zeil, gefordert, das in Baden-Württemberg bewährte Modell der Berufsakademien als Ergänzung des tertiären Bildungsbereichs bundesweit einzuführen.

Während immer mehr betriebliche Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben und bereits heute 400 000 Fachkräfte fehlen, leiden die Hochschulen an der zunehmenden Zahl der Studenten mit ungewissen Berufsaussichten. Das Beschäftigungssystem hat aber einen wachsenden Bedarf an praxisnah ausgebildeten Führungskräften und qualifizierten Sachbearbeitern.

Die Berufsakademie stellt hier die notwendige attraktive Alternative zum theoriebetonten Hochschulstudium dar. Sie bietet Abiturienten einen berufsqualifizierenden Bildungsgang an, der sich durch eine enge Verzahnung von Theorie und Praxis auszeichnet.

Die Berufsakademie vermittelt im dualen System, nämlich an der staatlichen Studienakademie und an den Ausbildungsstätten, eine wissenschaftsbezogene und praxisorientierte berufliche Ausbildung, deren Abschluß in Baden-Württemberg einem berufsqualifizierenden Abschluß an einer staatlichen Fachhochschule gleichwertig ist.

Der Abiturient ist Studierender an der Studienakademie und steht zugleich während der gesamten dreijährigen Ausbildung in einem vertraglichen Ausbildungsverhältnis zu einem Betrieb oder einer Sozialeinrichtung.

abstellen, Hochbegabte in besonderer Weise zu fördern. Haben wir genug Möglichkeiten, bei entsprechender Begabung schneller zu studieren als andere, um ausreichend Zeit zu haben, mehr als andere zu studieren — unter anderem auch im Ausland?

Warum werden z. B. nicht mehr Sommerkurse nach dem Vorbild der amerikanischen Summer-Camps angeboten, um zusätzliches Wissen zu erwerben und zu vertiefen? Müßten die Hochschulen nicht viel mehr nach Begabung differenzierte Lehrangebote machen? Müssen wir nicht auch dazu kommen, die individuellen Voraussetzungen für ein Hochschulstu-

dium stärker zu berücksichtigen? Die erfolgreiche Teilnahme an Leistungskursen in Deutsch, Englisch, Biologie und Religion sagt doch noch nichts aus über die Fähigkeiten im Studienfach Mathematik. Sollten deshalb den Universitäten nicht mehr Möglichkeiten eingeräumt werden, die Eignung ihrer Studenten zu prüfen?

Ich denke, es ist jetzt an der Zeit, sich diesen Fragen zu stellen. Die Koordinaten der Politik haben sich in diesen Jahren verschoben, und wir haben jetzt die Chance, diese Fragen sehr grundsätzlich anzugehen und auch nach ganz neuen Wegen zu suchen.

Zunehmende Zahl der Asylbewerber verfälscht Arbeitslosenstatistik

Die in den westlichen Bundesländern in der Statistik nahezu unveränderte Arbeitslosigkeit spiegelt nur unzureichend die wirkliche Entwicklung am Arbeitsmarkt wider.

Die Zahl der arbeitslosen Ausländer ist von Februar 1991 bis Februar 1992 um 37.517 auf 250.463 angestiegen, während die Zahl aller Arbeitslosen im gleichen Zeitraum um 5.419 gesunken ist. Bei Nichtberücksichtigung der Arbeitslosigkeit ausländischer Arbeitnehmer ergibt sich somit ein Rückgang um 42.936 binnen eines Jahres.

Für eine differenzierte Betrachtungsweise spricht auch der jeweilige prozentuale Vorjahresmonatsvergleich, bei dem die Arbeitslosigkeit insgesamt um 0,3 Prozent zurückging, während sie bei den ausländischen Arbeitnehmern um 17,6 Prozent stieg. Diese augenfällig starke Zunahme der Arbeitslosigkeit ausländischer Arbeitnehmer dürfte überwiegend durch die Möglichkeit der leichteren Erteilung von Arbeitserlaubnissen an Asylbewerber für sonst nicht besetzbare Arbeitsplätze beeinflusst sein. Seit Januar 1991 wurde die Wartefrist für Asylbewerber von fünf Jahren Anwesenheit auf ein Jahr herabgesetzt und zum Juli 1991 völlig aufgehoben.

Die Aufhebung der Wartefrist hat nunmehr zur Konsequenz, daß Asylbewerber eine reguläre Tätigkeit aufnehmen können und im Fall der Entlassung — bei ausreichenden Beschäftigungszeiten — Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld beziehen können. In der Arbeitslosenstatistik werden sie nach Entlassung, auch aus einer nur kurzfristigen ersten

Beschäftigung, als Arbeitslose erfaßt, sofern sie angeben, eine neue Beschäftigung von mehr als sieben Tagen aufnehmen zu wollen.

Auch wenn die Frage nur schwer zu beantworten sein dürfte, inwieweit der Anstieg der arbeitslosen Ausländer auf den Wegfall der Wartefristen für Asylbewerber zurückzuführen ist, wird eine geänderte Erfassung der Asylbewerber in der Arbeitslosenstatistik notwendig. In jedem Fall dürfte in der statistischen

Die auffällig starke Zunahme der Arbeitslosigkeit ausländischer Arbeitnehmer ist auch durch die Erteilung von Arbeitserlaubnissen an Asylbewerber beeinflusst.

Größe arbeitsloser ausländischer Arbeitnehmer ein nicht unerheblicher Prozentsatz von Asylbewerbern erfaßt worden sein.

Julius Louven, sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Arbeitslosenstatistik sollte nur solche Arbeitslosen erfassen und dokumentieren, die dem Arbeitsmarkt dauerhaft zur Verfügung stehen. Bei Asylbewerbern kann hiervon jedoch nicht ausgegangen werden, solange sie nur im Besitz einer Aufenthaltsgestattung sind und auch keine Leistungsansprüche nach dem Arbeitsförderungsgesetz erworben haben. Die Bundesanstalt für Arbeit ist aufgefordert, auf eine sachgerechte Lösung des Problems hinzuwirken, um damit dauerhaft eine aussagekräftige Arbeitslosenstatistik sicherstellen zu können. ■

Bundesumweltminister Klaus Töpfer:

Naturgerechte Entwicklung der Industriegesellschaft sichern

Eine den Ansprüchen der Natur gerecht werdende Entwicklung der modernen Industriegesellschaft ist Ziel des neuen Bundesnaturschutzgesetzes, dessen Eckpunkte Bundesumweltminister Klaus Töpfer am 18. März in Bonn vorgestellt hat.

Das novellierte Gesetz soll dazu beitragen, die Schöpfung vor den Auswirkungen der modernen Industriegesellschaft dauerhaft zu sichern. Voraussetzung dafür sei, so Töpfer, die Gleichstellung des Naturschutzes mit anderen gesellschaftlichen Interessen. Das neue Gesetz biete ein verbessertes Instrumentarium, um den dauerhaften Konflikt zwischen Schutz der Natur und ihrer Nutzung durch Industrie, Infrastruktur, Freizeiteinrichtungen und Landwirtschaft angemessener lösen zu können.

Töpfer: Natur und Landschaft werden heute zunehmend für Siedlungszwecke und Infrastrukturmaßnahmen in Anspruch genommen. Die damit einhergehende Bodenversiegelung führt zur Zerstörung vieler Lebensräume wildlebender Tier- und Pflanzenarten sowie zur Verarmung des Landschaftsbildes. Auch Schadstoffbelastungen, nicht zuletzt durch die intensive Landbewirtschaftung, sind mitverantwortlich für den Artenrückgang. Die Antwort darauf kann weder eine Öko-Diktatur noch unbegrenztes Wachstum sein. Es kann weder darum gehen, den Menschen aus der Natur zu verbannen noch einen Stillstand der Entwicklung unserer modernen Industriegesellschaft anzustreben. Ziel ist viel-

mehr die Entwicklung unserer Gesellschaft mit der Erhaltung von Natur und Landschaft in Einklang zu bringen.

Der Gesetzentwurf geht von folgenden Leitlinien aus:

- Der Schutz von Natur und Landschaft dient der Erhaltung der Lebensgrundlagen der Menschen. Damit ist untrennbar die sittliche Verantwortung des Menschen für seine natürliche Umwelt verbunden. Diese Verpflichtung wird im Gesetz besonders hervorgehoben.
- Das Vorsorgeprinzip und das Prinzip der vorausschauenden Planung für Natur und Landschaft wird verstärkt. Als eigenständige Fachplanung des Naturschutzes und der Landschaftspflege soll die Landschaftsplanung auch Vorgaben für andere Planungen geben und Maßstäbe für die Umweltverträglichkeitsprüfung liefern. Darüber hinaus werden Bund und Länder zur medienübergreifenden und fortlaufenden ökologischen Umweltbeobachtung verpflichtet.
- Das Verursacherprinzip wird konsequent angewandt. Es wird jetzt bundeseinheitlich vorgeschrieben, daß der Verursacher von Eingriffen in Natur und Landschaft, die aus Rechtsgründen zuzulassen sind, Maßnahmen zum Ausgleich erheblicher Beeinträchtigungen des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes durchführen muß (Ausgleichsmaßnahmen). Wenn solche Ausgleichsmaßnahmen nicht möglich sind, muß für die verbleibende Beeinträchtigung eine Ausgleichszahlung entrichtet werden. Diese

Ausgleichszahlung fließt den Ländern zu und muß von diesen für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege verwandt werden. Ohne diese Ausgleichsverpflichtungen wären Eingriffe für die Verursacher folgenlos. Sie sollen auch dazu beitragen, die Bereitschaft zum weiteren Landschaftsverbrauch zu mindern. Mit der neuen Regelung werden lediglich die in einzelnen Bundesländern bereits geltenden Ausgleichszahlungen bundesweit vereinheitlicht. Von einer neuen Umweltabgabe für Bauherren kann daher keine Rede sein.

- Bürger, Staat und Gemeinden werden stärker als bisher zum Schutz der Natur in die Pflicht genommen. Jeder soll sich so verhalten, daß Natur und Landschaft nicht mehr als unvermeidbar beeinträchtigt werden. Ökologisch besonders wertvolle Flächen im Besitz der öffentlichen Hand sollen vorrangig Naturschutzzwecken dienen.
- Das Kooperationsprinzip — die Zusammenarbeit von Bürger, Staat und Gemeinden — beim Naturschutz wird verstärkt. Das Gesetz sieht vor, daß die Länder freiwillige ökologische Leistungen von Einzelpersonen oder Vereinen fördern und angemessen honorieren. Die Mitwirkung anerkannter Naturschutzverbände wird ausgeweitet, insbesondere bei der Landschaftsplanung.
- Als neue großflächige Schutzkategorie sind Biosphärenparke vorgesehen. Es muß sich um Gebiete handeln, die durch traditionelle Landnutzung zu harmonisch geprägten Naturlandschaften geworden

sind. Die Kriterien dafür entsprechen den UNESCO-Kriterien für die Aufnahme von Gebieten in das „Internationale Netz der Biosphärenreservate“. Solche Gebiete sind bereits in den neuen Ländern eingerichtet. Mit der neuen Schutzkategorie wird eine in den neuen Ländern entwickelte Naturschutztradition im vereinten Deutschland fortgesetzt.

- Der Biotopschutz wird verstärkt. Zum Schutz der Lebensräume von Tieren und Pflanzen sollen künftig verstärkt Biotopverbundsysteme geschaffen werden. Der Katalog der gesetzlich zu schützenden Biotope wird um weitere Gewässer- und Feuchtbiopte ergänzt.
- Der Aspekt „Erholung in Natur und Landschaft“ wird verstärkt. Ein neuer Grundsatz besagt, daß die Landschaft auch als Erlebnis- und Erholungsraum des Menschen zu sichern ist. Dabei hat die naturnahe, ruhige und landschaftsverträgliche Erholung Vorrang vor dem Ausbau einer großen Freizeitinfrastruktur.
- Das Verhältnis von Land- und Forstwirtschaft zum Naturschutz wird neu geordnet. Die Aussage im geltenden Naturschutzgesetz, daß die ordnungsgemäße Land- und Forstwirtschaft in der Regel den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege dient, entfällt (Landwirtschaftsklausel). Vorgesehen ist andererseits ein finanzieller Ausgleich für wirtschaftliche Nachteile, die durch standortbedingte Nutzungseinschränkungen aus Gründen des Naturschutzes entstehen. Da es sich um Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege handelt, tragen die Länder die Kosten.

Frankreich unter Investoren auf Platz eins

Mit 2,3 Milliarden Mark Investitionszusagen an die Berliner Treuhandanstalt steht Frankreich an der Spitze der ausländischen Investoren in den neuen Bundesländern. An zweiter Stelle stehen die Vereinigten Staaten mit 1,5 Milliarden Mark, gefolgt von Großbritannien mit 1,3 Milliarden Mark.

Umwelt und globale Verantwortung

Im Vorfeld der Konferenz „Umwelt und Entwicklung“, die vom 1. bis 12. Juni in Rio de Janeiro stattfindet, stellten am 19. März der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Umweltpolitik“ der CDU, Kurt Dieter Grill, und der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Entwicklungspolitik“, der Parlamentarische Staatssekretär Hans-Peter Repnik, die Resolution „Umwelt und globale Verantwortung“ vor. Sie wurde von den Bundesfachausschüssen gemeinsam beschlossen.

Beide Politiker wiesen darauf hin, wie wichtig es sei, daß auf der Konferenz in Rio eine Weltklimakonvention verabschiedet werde. Alle wissenschaftlichen Erkenntnisse — nicht zuletzt der Enquete-Kommission des Bundestages — zeigten einen schnellen Handlungsbedarf. Dies müßten nicht zuletzt die USA und Japan verstehen. Auch sie müssen einer Konvention zustimmen, die eine Reduzierung von klimarelevanten Emissionen, insbesondere Kohlendioxyd, verbindlich festlegt. Außerdem sind Maßnahmen zur Erhaltung von Wäldern, die bedeutende CO₂-Speicher sind, zu treffen.

„Die Industriestaaten haben die wesentliche Aufgabe, in der ökologischen Umstrukturierung ihrer Gesellschaften vorbildlich zu handeln. Es ist in diesem Zusammenhang nicht nur notwendig, daß die Industrieländer ihren Energie- und Ressourcenverbrauch deutlich senken, sondern daß sie internationale Umweltschutzprogramme sowie direkte Maßnahmen in Osteuropa und den Entwicklungsländern durch Know-how und Kapitaltransfer unterstützen. Dazu gehört auch eine verstärkte Einbettung ökologi-

scher Aspekte in unsere Außenwirtschaftsbeziehungen“, erklärte Grill.

Die Bundesrepublik müsse und werde ihrer internationalen Vorreiterrolle im globalen Umweltschutz gerecht werden. Hierzu gehöre auch die Erarbeitung von neuen und kreativen Lösungskonzepten. So sollte für Rio intensiv an einem Kompensationsmodell zur CO₂-Minderung gearbeitet werden. Im Rahmen des CO₂-Minderungsprogrammes der Bundesregierung und der Diskussion über eine CO₂-Abgabe/Energiesteuer auf EG-Ebene könnten unserer Industrie weltweite Kompensationsmöglichkeiten angeboten werden. Ihr solle bis zu einem

Aktueller Stand der Vorbereitungen der Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ vom 1. bis 12. Juni in Rio de Janeiro.

gewissen Grade freigestellt werden, wo sie am effizientesten zur CO₂-Minderung beitragen möchte. Dies würde vor allem die Einführung von umweltschonenden Techniken in den Entwicklungsländern und in Mittel- und Osteuropa forcieren.

Nicht nur in den Industriestaaten, sondern auch in den Entwicklungsländern müsse rasch und durchgreifend gehandelt werden. Die globalen Umweltprobleme wie drohender Treibhauseffekt und Raubbau an den tropischen und außertropischen Wäldern sowie die lokalen Umweltkatastrophen in den Entwicklungsländern ließen sich nur anhalten oder vermeiden, wenn die Massenarmut bekämpft werde und die Regierungen

Rahmenbedingungen für umweltgerechtes Verhalten schaffen würden.

„Hierfür sind die Beachtung der Menschenrechte, die Gewährleistung von Rechtssicherheit sowie die Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozeß ebenso unabdingbar wie der Aufbau einer Umweltpolitik, die dem Vorsorge-, dem Verursacher- und dem Kooperationsprinzip Rechnung trägt“, betonte Repnik. Darüber hinaus sollte das Instrument des Schuldenerlasses für Umweltschutz verstärkt eingesetzt und durch den Abbau protektionistischer Handelsbarrieren gegenüber den Entwicklungsländern der Schuldenabbau erleichtert werden. „Umwelt und Entwicklungspolitik stehen in Symbiose zueinander“, so Repnik, „deshalb muß die Umwelterhaltung mit der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen verknüpft sein.“

Beide Politiker bezeichneten die Umwelt- und Entwicklungspolitik als eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Die CDU fühle sich aufgrund ihres Selbstverständnisses dem Kampf gegen Hunger und Armut und der Bewahrung der Schöpfung besonders verpflichtet. Aus diesem Grund sei die Bundesrepublik eines der Länder, die sich am intensivsten auf die UNO-Konferenz vorbereiten würden.

Repnik und Grill kündigten an, daß sich Bundeskanzler Helmut Kohl persönlich für einen Erfolg der UNO-Konferenz sowie als Vorsitzender der G7 für einschneidende Maßnahmen zum Schutz der Umwelt auch auf dem diesjährigen Weltwirtschaftsgipfel einsetzen werde. Die Konferenz in Rio wird der Startschuß für eine langfristig angelegte, gleichberechtigte und partnerschaftliche internationale Zusammenarbeit sein, die notwendig ist, um den globalen Herausforderungen begegnen zu können. ■

Störfall von Sosnowi Bor

Die Internationale Staatengemeinschaft muß jetzt handeln

Zu Konsequenzen aus dem Störfall im russischen Kernkraftwerk Sosnowi Bor erklärte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundstagsfraktion Jürgen Rüttgers:

Die Sicherheitsanalysen für die Reaktoren in Ost- und Mitteleuropa liegen vor. Die Konzepte für durchgreifende technische Verbesserungen sind in der Schublade. Jetzt muß der qualitative Sprung zu einer zügigen und breitangelegten Realisierung dieser Maßnahmen gelingen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist der Spitzenreiter bei den bilateralen Hilfsmaßnahmen. Wir haben entsprechende Verträge und Vereinbarungen mit den Staaten der GUS und fast allen ost- und mitteleuropäischen Staaten. Es gibt Aktionsprogramme des Bundesumweltministers zur Unterstützung der Überwachung von Kernanlagen. Mit zahlreichen Initiativen fördert das Bundesumweltministerium die Bereitstellung von Ersatz- und Ausrüstungsteilen für Reaktoren.

Erfolg haben kann nur eine gemeinsam koordinierte und finanzierte Aktion der Europäischen Gemeinschaft und der anderen Industriestaaten. Entsprechende Programme der Europäischen Gemeinschaft und der Internationalen Atomenergiebehörde wurden entwickelt. Eine Koordinierungsstruktur der Hilfsmaßnahmen unter Beteiligung von Weltbank, Europäischer Investitionsbank, Europäischer Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie OECD und IAEA ist vereinbart. ■

Mietsteigerung 1991 deutlich unter der Einkommenssteigerung

Der Wohngeld- und Mietenbericht 1991 spiegelt in einer Zeit angespannter Wohnungsmärkte sowohl die Wirksamkeit des Wohngeldes als soziales Flankierungsinstrument in der Wohnungspolitik wider als auch die ausgewogene Mietenpolitik der Bundesregierung, die die Wohnung gleichermaßen als hohes Sozialgut und teures Investitionsgut betrachtet.

Der Mietenbericht räumt sogleich mit einigen Klischees auf und arbeitet die eigentlichen Probleme auf den Wohnungsmärkten heraus. Die durchschnittliche Mietsteigerung 1991 betrug in den alten Bundesländern 4,3 Prozent, lag damit über dem Anstieg der Lebenshaltungskosten, aber deutlich unterhalb der Steigerung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte.

Mietanstiege um zehn Prozent gab es dagegen bei Neuvermietungen aus dem Bestand, im Jahre 1990 war der Mietauftrieb sogar noch stärker. Betroffen sind also im wesentlichen Menschen, die erstmalig eine Wohnung suchen oder aus den verschiedensten Gründen umziehen müssen. Dies spricht klar gegen die allgemeinen Mietendeckelungsvorschläge der SPD, die aus den Wohnenden und meist gut Versorgten einen closed shop machen will mit dem Ergebnis, daß Wohnungssuchende die Zeche zu zahlen hätten. Durch die verabschiedeten gesetzlichen Maßnahmen der Koalition, in diesen Wohnungsbereichen angemessene Begrenzungen vorzusehen, wird dem Anliegen besser Rechnung getragen.

Bestätigt kann sich die Koalition auch durch die Entwicklung der Mieten in Ost-

deutschland fühlen, die anhand einiger Einzelfälle in der letzten Zeit zu Unrecht dramatisiert wurde. Die durchschnittliche Wohnkostenbelastung der Wohngeldempfänger, die zu den einkommensschwächeren Bevölkerungskreisen gehören, durch die Bruttokaltmiete liegt zwischen zehn Prozent und zwölf Prozent der verfügbaren Einkommen; in den alten Bundesländern werden zwischen 22 Prozent und 25 Prozent der verfügbaren Einkommen dafür ausgegeben. Mehr als doppelt so hoch als im Schnitt in Westdeutschland fielen die Heizkosten aus, die einerseits durch ineffiziente Erzeugung und Verteilung, schlechte Wärme-

Von Dietmar Kansy, wohnungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

dämmung, fehlende Regulierungsmöglichkeiten, andererseits aber auch durch die nach wie vor zu beobachtende Energieverschwendung (Heizen bei offenem Fenster) verursacht werden. Wenn sich hier Vermieter, Mieter und Staat gemeinsam einsetzen, können erhebliche Senkungsspielräume bei der Warmmiete entstehen, die dann dringend dazu genutzt werden könnten, endlich den Instandhaltungsstau zu beseitigen.

In den alten Bundesländern ist bei Wohngeldempfängern (die auch hier zu den unteren Gruppen der Verdiener bzw. Rentner gehören) unter Einbeziehung des Wohngeldes der Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Einkommen trotz des

Investitionen haben ohnehin Vorrang

Zu der von der SPD erhobenen Forderung nach Umkehrung des Prinzips Rückgabe vor Entschädigung zur Lösung offener Vermögensfragen in den neuen Ländern erklärte Generalsekretär Volker Rühle:

Die SPD versucht, den Bürgern vorzugaukeln, daß eine Beseitigung des rechtsstaatlichen Prinzips der Rückgabe vor Entschädigung zu einer sofortigen Lösung der drängenden eigentumsrechtlichen Fragen führt. Das Gegenteil ist der Fall, da ein erneut erforderliches Gesetzgebungsverfahren zu einer völligen Blockade der laufenden Verfahren führen würde.

Im übrigen haben Investitionen auf der Grundlage der bestehenden gesetzlichen Regelungen ohnehin Vorrang. Diese bewußt auf Wirtschaftsförderung angelegte Regelung hat die SPD natürlich übersehen.

Handlungsbedarf gibt es allerdings im Zusammenhang mit den schleppenden eigentumsrechtlichen Klärungen im

administrativen Bereich. Es geht nicht an, daß es keine einheitlichen und klaren Verfahrensweisen zur Umsetzung gibt. Bundesjustizminister Kinkel ist in dieser Frage dringend zum Handeln aufgefordert. Es wird Zeit, daß klare Konzepte auf den Tisch kommen.

Justiz- und Vermögensbehörden müssen vom Gesetzgeber schleunigst die Grundlagen erhalten, um kurze und rechtlich einwandfreie Verfahren abzuwickeln. Die Anhäufung unerledigter Fälle, das Anwachsen von Formalismen und sonstige bürokratische Hemmnisse gehen auf das Konto derer, die offenbar die Probleme vor Ort nicht sehen. Darüber hinaus bedürfen sowohl die Personal- als auch die Sachausstattung in den Grundbuchämtern einer sofortigen Verbesserung.

Ein völlig untaugliches Mittel ist die Übertragung weiterer Immobilien in kommunales Eigentum. Die Städte und Gemeinden haben mit dem Erbe des sozialistischen Wohnungsbestandes genügend Lasten zu tragen.

Mietauftriebs fast gleich geblieben. Allerdings ist festzustellen, daß zwischenzeitlich bei 40 Prozent der Mietzuschußempfänger die Höchstbeträge des Wohngeldgesetzes überschritten wurden. Deswegen war die im Steueränderungsgesetz 1992 vorgenommene Erhöhung der Höchstbeträge um etwa 18 Prozent notwendig. Soll das Wohngeld ein wirksames Instrument zur sozialen Flankierung bleiben, sind diese Höchstbeträge auch in Zukunft in Anpassung an die Mietentwicklung zu erhöhen.

Im übrigen zeigt sich durch die Entwicklung der Mieten bei neu fertiggestellten

Gebäuden, daß der Mietwohnungsbau in Westdeutschland wieder rentabel geworden ist. Vermehrter Wohnungsbau ist und bleibt aber die beste Voraussetzung zur Verhinderung von Mietpreisexplosionen. Demgegenüber verblieb der Kostendeckungsgrad in den neuen Bundesländern auch nach dem ersten Mietanpassungsschritt vom Oktober 1991 völlig unzulänglich, auch wenn man die umfangreichen Anstrengungen von Bund und Ländern würdigt, die Investoren bei der aufwendigen Instandsetzung und Modernisierung des Wohnungsangebotes zu unterstützen. ■

Bauwirtschaft spielt Schlüsselrolle beim Aufschwung in Ostdeutschland

Auf Einladung des Bundeskanzlers fand am 10. März im Bundeskanzleramt ein Gespräch über die Entwicklung der Bauwirtschaft in den neuen Bundesländern statt. An dem Gespräch nahmen Vertreter von Bauindustrie, Baugewerbe und Bauhandwerk sowie die zuständigen Bundesminister teil.

Nach übereinstimmender Einschätzung hat die Bauwirtschaft eine Schlüsselrolle für den Aufschwung in den neuen Bundesländern. Bereits seit Frühjahr 1991 hat die Nachfrage nach Bauleistungen kräftig zugenommen. Für die kommenden Jahre wird mit Wachstumsraten bei den Bauinvestitionen in der Größenordnung von 15 bis 20 Prozent gerechnet. Maßgeblich für die gute Baukonjunktur sind die öffentlichen Förderprogramme, namentlich das sehr erfolgreiche Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost, das die rasche und unbürokratische Vergabe von Aufträgen ermöglicht hat.

Die Bauwirtschaft erwartet auf mittlere Sicht einen erheblichen zusätzlichen Arbeitskräftebedarf. Damit ergeben sich

auch gute Chancen, Arbeitskräfte aus anderen Bereichen wie der Landwirtschaft für Bauberufe zu qualifizieren. Der Bundeskanzler betonte, daß es darauf ankomme, auch auf unkonventionellen Wegen rasch Fachkräfte für den expandierenden Baubereich zu qualifizieren. Bei den Fortbildungs- und Ausbildungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit soll in Zukunft der Anteil der Qualifizierungsmaßnahmen im Baubereich erhöht werden.

Die Bauindustrie hat angeboten, kurzfristig zusätzliche Umschulungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten in überbetrieblichen Ausbildungszentren zu schaffen. Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Bundesregierung und der Bauwirtschaft wird schnell konkrete Vorschläge mit dem Ziel erarbeiten, 100.000 Arbeitnehmer zusätzlich in Bauberufen zu qualifizieren. In einer zweiten Arbeitsgruppe soll ebenfalls sehr rasch geprüft werden, welche zusätzlichen Möglichkeiten es neben den geplanten Investitionsmaßnahmen gibt, um Infrastrukturmaßnahmen beschleunigt durchführen zu können. ■

Bauarbeiter mit 2750 DM Spitzenverdiener Ost

Die ostdeutschen Bauarbeiter sind mit großem Abstand die Spitzenverdiener in den neuen Bundesländern.

Sie verdienen im Oktober 1991 mit durchschnittlich 2750 DM 41 Prozent mehr als durchschnittlich die Arbeitnehmer der übrigen Industrie. Wie der

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie mitteilte, hatte der Abstand im Januar 1990 erst bei 0,9 Prozent und im Januar 1991 bei 26,7 Prozent gelegen.

Auch der Verdienstrückstand der ostdeutschen Bau-Beschäftigten gegenüber ihren westdeutschen Kollegen habe sich weiter verringert.

Wolfgang Schäuble:

Der moderne Verfassungsstaat will Freiheit ermöglichen

Auf der Diskussionsveranstaltung der Grundsatzprogramm-Kommission der CDU „Versagt der Staat im Bewußtsein seiner Bürger?“ am 20. März im Bonner Konrad-Adenauer-Haus hielt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, folgendes Eröffnungsstatement:

1. Die Frage, ob der moderne Staat bei der Bewältigung seiner Aufgaben faktisch oder doch nach dem allgemeinen Eindruck seiner Bürger versagt, wird schon seit geraumer Zeit immer wieder diskutiert. Mitte der siebziger Jahre hatte eine Studie der Trilateral Commission über die „Krise der Demokratie“ in den USA, in Europa und Japan breite Beachtung gefunden und eine Diskussion ausgelöst, die in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Stichwort der Regierbarkeit des modernen Staates geführt worden ist. Auch der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt klagte gelegentlich darüber, daß moderne Industriestaaten der Art der Bundesrepublik Deutschland kaum noch zu regieren seien. Die Diskussion ist dann Anfang der achtziger Jahre wieder in den Hintergrund getreten — vielleicht deshalb, weil unter Bundeskanzler Helmut Kohl wieder erfolgreicher regiert wurde.

2. Gleichwohl stellt etwa die Wahlforschung Entwicklungen fest, mit denen wir uns beschäftigen müssen. Ich nenne drei dieser Entwicklungen:

● Wir verzeichnen längerfristig im Trend eine abnehmende Wahlbeteiligung unserer Bürger, wobei dies allerdings auch als eine Annäherung an die Entwicklung in vergleichbaren Demokratien gesehen werden kann.

● Zur rückläufigen Wahlbeteiligung kommt hinzu eine gewisse Tendenz zu einer wieder stärkeren Differenzierung im Parteienspektrum mit einer latenten Neigung auch zu den Extremen am linken wie am rechten Rand.

● Dazu paßt auch der Befund, daß der Anteil potentieller Wechselwähler erheblich größer geworden ist und daß Wählerbewegungen sich in einem kürzeren Abstand vor den jeweiligen Wahlen vollziehen.

3. Ob man derartige Veränderungen im Wahlverhalten als Reaktion auf ein allgemein wahrgenommenes Versagen unseres Staates interpretieren kann, erscheint immerhin zweifelhaft. Jedenfalls ist die Zustimmung der Bevölkerung zu den Institutionen des demokratischen Rechtsstaats insgesamt nach wie vor hoch, insbesondere wenn man die einzelnen Verfassungsorgane und andere öffentliche Einrichtungen betrachtet. Immerhin gibt es Anzeichen für eine kritischere Einstellung unserer Bürger zur Politik im allgemeinen und zu den großen Parteien und zur politischen Klasse im besonderen. Es ist auch die Frage, ob die Integrationsfähigkeit der großen Volksparteien abnimmt.

4. Bei der Fragestellung unseres Themas müssen wir meines Erachtens darauf achten, daß nicht jeder seine persönliche Kritik an diesem oder jenem gleich zu Erwartungen der Bürger oder zu einem Versagen des Staates hochstilisiert. Insgesamt genießt die in der Bundesrepublik Deutschland gewachsene Ordnung eines freiheitlichen Rechtsstaats und der sozialen Marktwirtschaft eine hohe Zustimmung nach innen und außen. Kritik und Enttäuschung, die es gleichwohl gibt, haben viel damit zu tun, daß immer höhere Erwartungen an die Politik gerichtet werden und daß solche Erwartungen häufig in sich widersprüchlich sind. Ich nenne sechs derartige Widersprüche:

● Auf der einen Seite wachsen die Erwartungen und Ansprüche an den modernen Staat der Daseinsvorsorge immer weiter, auf der anderen Seite wird — als Folge einer langen Periode von Frieden, wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Sicherheit — die Bereitschaft, Belastungen, Eingriffe, Opfer durch die staatliche Gemeinschaft auferlegt zu bekommen, immer geringer. Das eine ist aber ohne das andere nicht zu haben.

● Auf der einen Seite beobachten wir die Tendenz, im Streben nach Einzelfallgerechtigkeit und in der mangelnden Bereitschaft, Entscheidungsspielräume zu akzeptieren, zu immer perfektionistischeren Regelungen und zu einer immer komplexeren Regelungsdichte zu kommen, obwohl auf der anderen Seite seit Jahrtausenden die Erfahrung steht, daß summum ius zu summa iniuria führt.

● Im Bereich der geistigen Orientierungen haben wir eine immer stärkere Verunsicherung zu konstatieren, nicht zuletzt hervorgerufen durch die Auflösung von Bindungen zu traditionellen Institutionen, zugleich erleben wir aber auch die Suche nach neuen Vergewisserungen.

Während kirchliche Bindungen abnehmen, haben wir umgekehrt etwa drei Millionen Anhänger irgendwelcher sektentätiger Bewegungen. Diese Suche nach Vergewisserung reicht bis in den Bereich der Politik. Die Politik soll Visionen entwickeln, so heißt es. In Wahrheit bedeutet dies, daß man sich von ihr eine Versicherung gegen die Ungewißheiten der Zukunft erwartet. Politik kann das nicht leisten. Nach meinem Verständnis von Demokratie und Pluralismus darf sie das auch gar nicht leisten wollen.

● Auf der einen Seite versteht sich unsere Gesellschaft als dynamische, fortschrittsorientierte, mobile Leistungsgesellschaft und erwartet von der Politik, daß sie den wirtschaftlichen Fortschritt und den sozialen Wandel nach Kräften fördert und in Gang hält. Auf der anderen Seite hat sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, daß unsere Gesellschaft kaum bereit ist, auch nur marginale Veränderungen ohne dramatische politische Auseinandersetzungen zu ertragen. In paradoxem Gegensatz zu unserer scheinbar so mobilen Gesellschaft haben wir mit einer weit verbreiteten Veränderungsscheu unter unseren Bürgern zu rechnen.

● Auf der einen Seite wird nicht nur bei uns, sondern in allen westlichen Demokratien immer wieder der Ruf nach politischer Führung, nach kraftvoller und zielstrebigem Leitung der öffentlichen Angelegenheiten laut. Auf der anderen Seite ist die Bereitschaft, sich führen zu lassen, eher gering ausgeprägt. Es werden immer weiterreichende Beteiligungs-, Mitbestimmungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte gefordert und genutzt, die die Entfaltung von politischer Führungskraft tendenziell eher erschweren.

● Auf der einen Seite werden vehement politische Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte gefordert, wird Partizipation zu einem Grundwert der Demokratie

erklärt. Auf der anderen Seite beobachten wir in allen Bereichen eine schwindende Bereitschaft zu öffentlichem Engagement, was sicherlich mit einer gesellschaftlichen Entwicklung zusammenhängt, in der Werte des Lebensgenusses und der Freizeit immer höhere Bedeutung gewinnen. Dem kurzfristigen, unverbindlichen Engagement in allen möglichen Initiativen wird eindeutig der Vorzug gegeben gegenüber der kontinuierlichen Mitarbeit in einer Partei, in einer Kirche oder Gewerkschaft.

Man kann aus diesen Beobachtungen jedenfalls den Schluß ziehen, daß es nicht immer nur die Schuld der Parteien und der Politiker sein muß, wenn es im Verhältnis der Bürger zur Politik Probleme gibt, obwohl mit dieser Feststellung für die Politik noch nichts gewonnen ist. Diese Probleme werden zusätzlich verschärft durch bestimmte Eigengesetzlichkeiten und Funktionsweisen der modernen Demokratie, von denen ich Ihnen zwei nennen möchte:

- Die eine betrifft die Art, wie die Massenmedien, insbesondere das Fernsehen, das politische Geschehen, die politischen Zusammenhänge dem Bürger präsentieren. Dem Fernsehzuschauer stellt sich die Politik primär als eine stete Folge immer neu auftauchender Probleme dar, über die er jeweils in extremer Kurzfassung eine Vielzahl von Einzelinformationen erhält, wobei die Möglichkeit, diese Informationen in den notwendigen Zusammenhang einzuordnen, eher zu kurz gerät. Der „Nachrichtenwert“ politischer Ereignisse mißt sich bekanntlich zu einem guten Teil an ihrem außergewöhnlichen, bedrohlichen oder konflikträchtigen Charakter, was beim Bürger nicht unbedingt den Eindruck fördert, daß es Politik vornehmlich mit der Lösung statt mit der Verschärfung von Problemen zu tun hat.

- Das andere betrifft bestimmte typische Abläufe politischer Entscheidungen in unserer Demokratie. Insbesondere unter den Bedingungen von Koalitionsregierungen sind in der Vorbereitungsphase solcher Entscheidungen langwierige Abstimmungsverfahren und die mühsame Suche nach Kompromissen unvermeidlich. Solche Mechanismen stärken notwendig jede Menge zentrifugaler Kräfte, allein schon nach dem Prinzip der „schweigenden Mehrheit“ und dessen Umkehrung: Wer nicht zustimmt, schweigt nicht. In der Öffentlichkeit entsteht dadurch allzu leicht der Eindruck der Handlungsunfähigkeit von Parlament und Regierung. Die Tatsache, daß bei uns heute praktisch ständig irgendwo Wahlen stattfinden, tut ein übriges, um zumal bei aufwendigen Gesetzgebungsvorhaben rationale Entscheidungsprozesse zu erschweren. Wenn dann endlich eine Entscheidung gefallen ist, greift nicht selten das „Phyrrus-Prinzip“ der modernen Politik: Ein gelöstes Problem ist schlagartig für die Öffentlichkeit nicht mehr wichtig und wird auch nicht mehr entsprechend honoriert.

Die Aufzählung solcher widersprüchlicher Anforderungen zur Beschreibung von Schwierigkeiten und Ursachenzusammenhängen könnte fast beliebig verlängert werden. Was folgt daraus, beziehungsweise was kann getan werden?

- Wenn die Politik heute immer wieder unter einen nicht erfüllbaren Erwartungsdruck gerät, so sind wir Politiker daran nicht unschuldig. Die Politiker erliegen allzu oft der Versuchung, sich für die Lösung nahezu aller Probleme vereinnahmen zu lassen. Die Politik im freiheitlichen Rechtsstaat muß dem gegenüber die Kraft zur Selbstbeschränkung aufbringen. Wir werden nicht alle denkbaren Wünsche, Ansprüche und Erwartungen erfüllen können. Dazu gehört auch, daß

wir die Begrenztheit des politischen Auftrags — zur Abwehr überzogener Erwartungen — verdeutlichen müssen. Im pluralistischen Freiheitsstaat darf Politik nicht die Sinnfragen menschlicher Existenz beantworten wollen. Und der moderne Verfassungsstaat will Freiheit ermöglichen und sichern und begrenzt bewußt die Möglichkeiten staatlicher Machtausübung. Das muß bedenken, wer kraftvolle Führung zur Verwirklichung langfristiger Visionen einfordert.

● Die Vermittlung von Politik, das Werben um Akzeptanz beim Bürger ist eine zentrale Aufgabe, um keine Kluft entstehen zu lassen zwischen dem, was die Bevölkerung beschäftigt, und dem, was „die in Bonn“ machen. Die Probleme und Zusammenhänge müssen immer wieder dargestellt und erläutert werden, zumal wenn es keine einfachen und schnellen Lösungen gibt. Ich habe häufig den Eindruck, daß sich viele in den Parteien heute zu sehr mit sich selbst beschäftigen und zu wenig Zeit für die politische Diskussion mit den Bürgern finden. Wir müssen diesen Hang zur Binnenorientierung überwinden. Die Politiker müssen auf die Menschen zugehen, ihre Fragen aufgreifen, ihnen zuhören, bereit sein zu lernen.

● Die parlamentarische Demokratie ist auf den Wettbewerb der Parteien, auf den politischen Streit hin angelegt. So wird Freiheit und Demokratie gesichert. Deswegen ist politischer Streit nicht negativ. Er schließt auch gemeinsame Verantwortung nicht aus und die Fähigkeit zu Konsens und Kompromiß, wo — wie etwa bei Verfassungsänderungen — gemeinsames Handeln notwendig ist. Das muß man erläutern, das muß man auch — wenn man Führungsverantwortung tragen will — vorleben.

● Die Massenmedien bringen den politischen Betrieb und den einzelnen Politiker

heute in jedes Wohnzimmer, erwecken den Schein von Nähe und Intimität, auch wenn dies letztlich nur Fiktion sein kann.

Dies kommt einer weitverbreiteten Stimmung entgegen, die sich Politik unmittelbarer, authentischer erlebbar, direkter beeinflusbar wünscht. Ich frage mich, ob wir Politiker bei aller Bereitschaft zum öffentlichen Dialog nicht stärker ein Moment der Distanz gegenüber bestimmten Zumutungen der Öffentlichkeit wahren sollten. Nach meinem Eindruck muß die personale Komponente der Demokratie dringend gestärkt werden, dazu sind auch gewisse Elemente von Autorität und Würde unverzichtbar. Dies hängt für mich auch damit zusammen, daß wir dem repräsentativen Charakter unserer Demokratie stärkere Aufmerksamkeit widmen sollten. Meines Erachtens ist das repräsentative Prinzip gerade bei den zunehmend als kompliziert empfundenen Wirkungszusammenhängen um so wichtiger.

Und für mich verstärkt sich das noch durch die Einflüsse unserer Medienwelt ebenso wie durch die zunehmende Abhängigkeit von Zeitgeist und kurzfristigen Stimmungsschwankungen. Wenn ich von der Stärkung der personalen Komponente gesprochen habe, ist mir schon klar, daß ich damit niemand anderen als uns selbst meinen kann; aber es wäre gewiß jetzt unangebracht, wenn ich hier selbst dazu weitere Ausführungen machen würde.

Ich sehe jedenfalls bei allen bedenkenwerten Entwicklungen durchaus eine Chance, daß nicht nur die Akzeptanz unserer staatlichen Institutionen erhalten bleibt, sondern daß auch die politische Klasse und die Parteien in ihrer zentralen Funktion sich behaupten können, die ihnen im Rahmen unserer repräsentativen Verfassung notwendigerweise zukommt.

Bundesministerin Angela Merkel:

Ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die Kinderpornographie

Das Bundeskabinett hat am 25. März einen Gesetzentwurf zur Kinderpornographie verabschiedet. Der Entwurf erhöht den Strafrahmen für Herstellung und Verbreitung kinderpornographischer Darstellungen von einem auf drei, bei gewerbsmäßigem Handeln sogar auf fünf Jahre. Erstmals wird der Besitz von Kinderpornographika unter Strafe gestellt. Die Einziehung wird vereinfacht.

Der Gesetzentwurf stellt einen wichtigen Beitrag zu einem Bündel von Maßnahmen dar, die in einem interfraktionellen Antrag zahlreicher Abgeordneter des Deutschen Bundestages gefordert werden. In Übereinstimmung mit diesem Antrag, der im vergangenen Herbst im Deutschen Bundestag intensiv beraten wurde, muß dieses Thema jedoch über den Bereich der Gesetzgebung hinaus in der Gesellschaft umfassend diskutiert werden.

Dazu ist es erforderlich,

- den Tätern ihr mieses Handwerk zu legen und den Konsumenten klar zu machen, daß sie selbst zu den Tätern gehören. Dazu muß — neben gesetzgeberischen Maßnahmen — die Öffentlichkeit durch eine nachhaltige Diskussion und Aufklärung über das Thema aufgerüttelt werden;
- Lehrer, Erzieher und Eltern für das Erkennen von Kindesmißbrauch zu sensibilisieren;
- Hilfen für mißbrauchte Kinder auszubauen;

- einem Erziehungsgedanken Geltung zu verschaffen, der die eigenständige Persönlichkeit von Kindern achtet, ihr Selbstwertgefühl stärkt und sie so in die Lage versetzt, sich gegen Übergriffe zu wehren.

Um diese Ziele zu erreichen, wird im Bundesministerium für Frauen und Jugend eine öffentliche Kampagne zum Thema „Gewalt gegen Kinder“ vorbereitet.

Bundesministerin **Angela Merkel**: Der vom Bundeskabinett verabschiedete Gesetzentwurf ist ein bedeutender Schritt im Kampf gegen die Kinderpornographie. Zukünftig wird auch der Besitz kinderpornographischer Machwerke unter Strafe gestellt. Denn solange es einen Markt hierfür gibt, werden immer wieder Hersteller mit der Aussicht auf lukrative Gewinne ihrem schmutzigen Geschäft nachgehen.

Appell an die Eltern

Auch die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie und Senioren, **Roswitha Verhülndonk**, hat den Gesetzentwurf für eine härtere Bekämpfung der Kinderpornographie begrüßt und dazu erklärt: Ich appelliere an alle Eltern, ihre Kinder vor den Gefahren zu schützen, die mit einem Mißbrauch als Sexobjekt in Videofilmen verbunden sind. Die schlimmen körperlichen und seelischen Schäden, die Kindern dabei zugefügt werden, dürfen uns in einer humanen Gesellschaft nicht gleichgültig sein. ■

Europäische Sozialpolitik muß dem EG-Bürger zu vermitteln sein

Der Bundesfachausschuß Europapolitik der CDU unter dem Vorsitz von Bernhard Sälzer, MdEP, hat auf seiner letzten Sitzung in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des CDU-Bundesfachausschusses Sozialpolitik, Hermann-Josef Arentz, folgende Leitlinien zur europäischen Sozialpolitik beschlossen:

Mit Maastricht wird die Sozialpolitik auch in der Europäischen Gemeinschaft zu einem zentralen Bestandteil der Gesamtpolitik. Eine Politische Union, ein großer europäischer Binnenmarkt auf der Basis der Sozialen Marktwirtschaft sind ohne eine soziale Dimension unvollständig.

Die Gemeinschaft besitzt nun das notwendige Instrumentarium, um eine europäische Sozialpolitik zu verwirklichen. Die Sensibilität und Finanzwirksamkeit sozialpolitischer Maßnahmen macht jedoch die strikte Orientierung an Leitlinien erforderlich.

Subsidiarität und Akzeptanz durch die Bürger

Eine europäische Sozialpolitik muß dem Bürger in den Mitgliedstaaten vermittelbar sein. Dies ist nur der Fall, wenn sozialpolitische Entscheidungen der Gemeinschaft einsichtig sind.

Jede sozialpolitische Regelung auf Gemeinschaftsebene muß deshalb von einer inneren Notwendigkeit getragen werden, die es rechtfertigt, daß sie aus dem nationalen Bereich herausgelöst wird, in nationale Regelungen eingreift oder nationale Regelungen überlagert. Darin verwirklicht sich das Subsidiari-

tätsprinzip, das nun in den Verträgen eindeutig verankert worden ist.

Entwicklung durch ökonomische und rechtliche Konvergenz

Die Solidarität der „reicheren“ Mitgliedstaaten mit den „ärmeren“ ist unerlässlich.

Solidarität bedeutet, den weniger entwickelten Mitgliedstaaten dabei zu helfen, ihre eigene Wirtschaftskraft zu entwickeln. Dafür sind die Strukturfonds und der Kohäsionsfond die geeigneten Instrumente.

Konvergenz, nicht Identität der Sozial- und Arbeitsrechtssysteme ist zu fördern. Der Transfer von konsumierbaren Sozialleistungen wäre dagegen ein falscher Weg.

Territorialität und Stabilität der nationalen Systeme

Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten sind auf die jeweiligen staatlichen Territorien bezogen.

Der Export von Sozialleistungen, mit denen das Territorialitätsprinzip durchbrochen wird, muß klar abgegrenzt und einzelfallweise vom Europäischen Parlament und Rat entschieden werden. Im Sinne der Gewaltenteilung sollte sich hier auch die Rechtsprechung des EuGH zurückhalten. Die nationalen Sozialsysteme dürfen nicht zu einem Vehikel der Umverteilung in der Gemeinschaft werden.

Mindeststandards

Mindeststandards überfordern nicht die „ärmeren“ Staaten in der Gemeinschaft.

Große Zweifel der Eltern an der Leistungsfähigkeit der Gesamtschule

Der Deutsche Lehrerverband (DL) hat die Studie des Instituts für Schulentwicklungsplanung der Universität Dortmund und die von den Autoren daraus gezogenen Schlußfolgerungen als tendenziös und als wenig hilfreich bezeichnet.

Dieser Studie zufolge wünschten 53 Prozent der Eltern für ihr Kind das Abitur und weitere 36 Prozent die Fachoberschulreife. Außerdem, so die Studie, gäben 40 Prozent der Eltern der Gesamtschule die Noten „sehr gut bis gut“.

Nach Auffassung des Lehrerverbandes seien solche Elternwünsche alles andere als „realistisch“, auch wenn dies in der Studie behauptet werde. Vielmehr müsse man sehen, so DL-

Präsident Josef Kraus, daß das Beschäftigungssystem mit einem Abiturientenanteil von rund 30 Prozent jetzt schon erheblich aus den Fugen geraten sei.

Widerspruch meldet der Deutsche Lehrerverband auch gegen die in der Studie erhobene Bewertung der Gesamtschule durch die Eltern an. Dieser Umfragebefund stehe in völligem Kontrast zum tatsächlichen schulischen Wahlverhalten der Eltern.

Dort wo es die Gesamtschule gebe, werde sie von Schülern mit Gymnasial- und Realschulempfehlung und mit entsprechenden Ambitionen überwiegend gemieden, weil die Eltern große Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Gesamtschule hätten.

erlauben aber den „reicheren“, ihr Niveau beizubehalten. Auf diese Weise kann soziales Niveau und Wirtschaftskraft in den Mitgliedstaaten im Einklang gehalten werden. Solche Mindeststandards müssen einklagbare Rechte aller Arbeitnehmer in Europa darstellen.

Aufgaben der nächsten Zukunft:

Das sozialpolitische Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur sozialen Flankierung des Binnenmarktes muß zügig verwirklicht werden. Die bisherigen Ergebnisse sind zu begrüßen. Die Bundesregierung hat einen 9-Punkte-Katalog für soziale Mindeststandards in die Diskussion eingebracht. Dieser Katalog ist ein Beispiel pragmatischen Vorgehens. Die Bundesregierung hat ihn gemeinsam mit

der BDA, dem DGB und der DAG erarbeitet. Seine weitere Realisierung besitzt hohe Priorität.

Darüber hinaus ist vordringlich die Verabschiedung

- der Richtlinie zur Errichtung eines europäischen Betriebsrates. Die Informations- und Anhörungsrechte der Arbeitnehmer dürfen bei europäischen Konzernen und Unternehmen nicht an den nationalen Grenzen halt machen.

- der „Entsenderichtlinie“. Es muß sichergestellt sein, daß die wesentlichen Arbeitsbedingungen des Orts anzuwenden sind, wo die Arbeiten ausgeführt werden, wenn Unternehmen aus einem Mitgliedstaat Aufträge in einem anderen Mitgliedstaat ausführen. Gespaltene Arbeitsmärkte sind zu vermeiden. ■

Frauen muß der Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert werden

„Wir haben einen großen Nachholbedarf an Frauenfördermaßnahmen in mittelständischen Unternehmen“, erklärte die Vorsitzende des Bundesausschusses Frauenpolitik der CDU, Maria Böhmer.

Zwar gebe es zur Förderung der Chancengleichheit in kleinen und mittleren Unternehmen kein allgemeingültiges Patentrezept, da ein Förderprogramm auf die Rahmenbedingungen und die Situation des jeweiligen Unternehmens zugeschnitten sein müsse; aber die bereits vorhandenen Beispiele würden aufzeigen, daß Frauenförderung in der mittelständischen Wirtschaft möglich und nötig sei.

Maria Böhmer rief die Unternehmen auf, Betriebsvereinbarungen zur beruflichen Förderung von Frauen abzuschließen und konkrete Zielvorgaben zu definieren, um den Anteil von Frauen in qualifizierten Tätigkeiten zu erhöhen.

Maria Böhmer: Zur Frauenförderung gehört auch die Förderung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und zwar für Männer und Frauen. Hier sind weitere gesetzliche Regelungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen dringend erforderlich.

Dazu zählten insbesondere ein bundesweiter Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, ein Rückkehrrecht für Teilzeitbeschäftigte auf eine Vollzeitstelle, die Novellierung des arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes zur Gleichberechtigung von Mann und Frau am Arbeitsplatz sowie die Verbesserung steuerrechtlicher Regelungen für Betriebe, die Kinderbetreuung unterstützen wollen.

Darüber hinaus seien von Seiten der Betriebe flexiblere Arbeitszeiten, die Möglichkeit zu befristeten Teilzeitschäftigungen wegen Kindererziehung und Pflege sowie verstärkte Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen in Arbeitsplatznähe und in Teilzeitform anzubieten.

Auch eine positivere Einstellung zum Erziehungsurlaub für Väter sei geboten. Für besonders wichtig halte sie überbetriebliche Verbundlösungen für mittelständische Unternehmen, um Ausfallzeiten der Beschäftigten durch Erziehungsurlaub zu überbrücken und eine berufliche Wiedereingliederung von Frauen — und Männern — nach der Familienphase zu ermöglichen.

Maria Böhmer: In der neuen Umfrage des Bundesfrauenministeriums wird festgestellt, daß mehr als 90 Prozent der Bevölkerung der Meinung ist, daß mehr getan werden sollte, um Frauen den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern.

Rüstige Senioren

Erst in der Gruppe der 80- bis 90jährigen sind nach Auskunft der früheren Bundesministerin Ursula Lehr 18,9 Prozent pflegebedürftig und 10,2 Prozent in Heimen untergebracht. In der Gruppe der 70- bis 80jährigen sind dagegen nur 8,2 Prozent pflegebedürftig und leben 2,4 Prozent in Heimen. Entgegen einer weitverbreiteten Ansicht ist also die überwiegende Mehrheit der älteren Menschen nicht pflegebedürftig, sie ist vielmehr aktiv, anregbar und zeigt hohes Engagement in verschiedenen sozialen Rollen.

Anti-Doping-Gesetz überflüssig

Nach einer Sitzung des Bundesfachausschusses Sport der CDU in Bonn erklärte dessen Vorsitzender, Ferdi Tillmann:

Der Bundesfachausschuß Sport der CDU hat sich mit der Situation und der zukünftigen Entwicklung des Leistungssports befaßt. Er hat dabei auch über die aktuelle Dopingproblematik und ein Anti-Doping-Gesetz diskutiert. Der Ausschuß vertritt die Auffassung, daß der Deutsche Sport das Dopingproblem aus eigener Kraft lösen wird. In diesem Zusammenhang werden die Anti-Doping-Konzepte der Spitzenverbände des Deutschen Sports und die vom Deutschen Sportbund eingeleiteten Maßnahmen begrüßt. Der Ausschuß hält deshalb ein Anti-Doping-Gesetz für überflüssig.

Der Bundesfachausschuß Sport hat sich über Aufgaben und Ziele des Deutschen Olympischen Instituts, Berlin, informiert. Er begrüßt insbesondere die Initiative des Instituts, Hilfestellung bei der Bewerbung Berlins um die Olympischen Spiele 2000 zu leisten. Er empfiehlt der Bundesregierung, die Mitfinanzierung des Instituts durch den Bund sicherzustellen.

Der Bundesfachausschuß Sport regt an, für die Stiftung Deutsche Sporthilfe neue Finanzierungsquellen zu erschließen, um die Stiftung in die Lage zu versetzen,

auch bei Wegfall der vorübergehend bewilligten öffentlichen Mittel ab 1993 ihre Arbeit in den neuen Bundesländern fortzusetzen. Die Stiftung Deutsche Sporthilfe unterstützt neben Spitzensportlern auch die Sportgymnasien und Sporttalenteschulen in den neuen Ländern.

Der Bundesfachausschuß Sport der CDU sieht neue Finanzierungsmöglichkeiten in der

- Herausgabe von Sonder-Telefonkarten mit Zuschlagserlösen, die sich als begehrte Sammelobjekte erweisen könnten, und in der
- Zuweisung von Bußgeldern an Organisationen des Sports, wie dies bereits bei Wohlfahrtsverbänden und anderen sozialen Einrichtungen geschieht.

Der Bundesfachausschuß Sport begrüßt die erfolgreiche Initiative der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen, auch für den Sport eine Schutzklausel in einem eigenständigen Artikel in die Verfassung aufzunehmen, um so ein Gleichgewicht zwischen Sportförderung und Umweltschutz herzustellen. Der Ausschuß rät den anderen CDU-Landtagsfraktionen zu einem ähnlichen Vorgehen. Eine Aufnahme in die Landesverfassungen bringt für die Sportförderung im jeweiligen Land eine größere Verbindlichkeit. ■

Wegen Asylpolitik die SPD verlassen

Der frühere Würzburger Oberbürgermeister Klaus Zeitler (62) ist nach 35jähriger Parteizugehörigkeit aus der SPD ausgetreten.

In einem Schreiben an den SPD-Kreisverband Würzburg erklärte er seinen Austritt zum 31. März diesen

Jahres: Er könne die Politik der Partei in wichtigen Punkten nicht mehr nachvollziehen. Dies gelte insbesondere für die Asylfrage. Zeitler warf der SPD vor, Asylpolitik auf Kosten der Arbeitnehmer mit geringem Einkommen zu machen.

Schadens- und Haftungsrisiko von Minderjährigen verringern

Für Dumme-Jungen-Streiche oder auch für Verkehrsunfälle, bei denen sie selbst verletzt werden und auch Schäden bei Dritten verursachen, werden in Deutschland selbst siebenjährige Kinder persönlich haftbar gemacht. Hohe Schäden müssen sie später — in Extremfällen ihr ganzes Leben lang — ratenweise bezahlen.

Nach dem am 1. Januar 1900 eingeführten Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) sind Kinder und Jugendliche von sieben bis siebzehn zivilrechtlich „deliktsfähig“.

Das Gesetz stellt nur auf die Einsichtsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen ab, aber nicht darauf, ob sie ihre Verantwortlichkeit tatsächlich erkannt haben. Es genügt, daß ein Kind das Gefährliche seines Tuns zu erkennen vermag und sein Verhalten als Unrecht im allgemeinen Sprachgebrauch einordnen kann. Ob es, wie das Strafrecht verlangt, auch die Handlungsfähigkeit hatte, sich seiner Einsicht gemäß zu verhalten, wird zivilrechtlich nicht verlangt.

Claudia Nolte, frauen- und jugendpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Nach meiner Auffassung wird diese Vorschrift den Erkenntnissen moderner Jugendpsychologie und den Anforderungen des heutigen Straßenverkehrs nicht gerecht.

Es muß ernsthaft überprüft werden, inwiefern der Meinung des Verkehrsgerichtstages in Goslar 1991 entsprochen werden kann. Danach soll das Schadens- und Haftungsrisiko, das Kindern bis zur Vollendung des 10. Lebensjahres aus der Beteiligung an einem Verkehrsunfall erwächst, verringert werden. Der Ver-

kehrsgerichtstag appellierte seinerzeit an den Gesetzgeber, möglichst schnell

- den Unabwendbarkeitsbeweis (Paragraph 7 Absatz 2 StVG) gegenüber Kindern bis zur Vollendung des 10. Lebensjahres abzuschaffen;
- bei der Haftung nach dem Straßenverkehrsgesetz gegenüber Kindern bis zur Vollendung des 10. Lebensjahres den Einwand der Mithaftung (Paragraphen 9 StVG, 254 BGB) auszuschließen;
- zu prüfen, ob die Haftung des Kindes bis zur Vollendung des 10. Lebensjahres für einen Schaden, insbesondere aus einem Verkehrsunfall, entfällt und wie in diesem Falle das Opfer in anderer Weise angemessen entschädigt werden kann.

Schwere Hypotheken ersparen

Minderjährige haften für Schäden, die sie in kindlicher Unbekümmertheit oder jugendlichem Leichtsinne anrichten. Besitzen sie nichts, können die Geschädigten oder deren Versicherungskonzerne die Kinder und Jugendlichen wegen hoher Schadensersatzsummen zur Kasse bitten, sobald sie erwachsen werden und ein Einkommen beziehen. Das heißt die Minderjährigen müssen — möglicherweise ein Leben lang — für eine Tat im kindlichen oder jugendlichem Alter zahlen und bekommen unter Umständen alles gepfändet, was über der Pfändungsfreigrenze liegt. Mit einer solch schweren Hypothek darf man meines Erachtens nach heutigen jugendpsychologischen Erkenntnissen weder ein Kind noch einen Jugendlichen belasten. Dies können unter anderem dann Vorbedingungen für Kriminalität, Drogen oder Selbstmord sein.

EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Zur Halbzeit der Legislaturperiode des Europäischen Parlaments findet eine Neukonstituierung der Ausschüsse und Delegationen statt. Die folgenden Abgeordneten der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion sind dabei gewählt worden:

Präsidium der EVP-Fraktion:

- Bernhard Sälzer (CDU), Stellvertretender Vorsitzender

Vorstand der CDU/CSU Gruppe:

- Günter Rinsche (CDU), Vorsitzender
- Ingo Friedrich (CSU), Ko-Vorsitzender und Sprecher der CSU-Gruppe

Stellvertretende Vorsitzende:

- Hans-Gert Pöttering (CDU)
- Diemut Theato (CDU)
- Doris Pack (CDU)

Für die assoziierten Mitglieder aus den neuen Bundesländern:

- Jürgen Schröder (Beobachter, CDU Sachsen)
- Lothar Klein (DSU Sachsen), kooptiertes Mitglied im Vorstand
- Gerd Müller (CSU), Geschäftsführer
- Reinhold Bocklet (CSU), Kassenprüfer
- Godelieve Quisthoudt-Rowohl (CDU), Kassenprüfer

Ausschüsse und Unterausschüsse:

- Franz Ludwig Graf Stauffenberg (CSU), Vorsitzender des Ausschusses für Recht und Bürgerrechte
- Godelieve Quisthoudt-Rowohl (CDU), 1. Vizepräsidentin des Ausschusses für Energie, Forschung und Technologie
- Ursula Schleicher (CSU), 1. Vizepräsidentin des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz

- Ingo Friedrich (CSU), 3. Vizepräsidentin des Petitionsausschusses
- Hans-Gert Pöttering (CDU), Vorsitzender des Unterausschusses Sicherheit und Abrüstung

Interparlamentarische Delegationen:

- Reimer Böge (CDU), 2. Vizepräsident der ID EP-Schweden
- Otto von Habsburg (CSU), Vorsitzender der ID EP-Ungarn
- Doris Pack (CDU), 1. Vizepräsidentin der ID EP-Jugoslawische Republiken
- Honor Funk (CDU), 1. Vizepräsident der ID EP-Estland, Lettland, Litauen
- Günter Rinsche (CDU), Vorsitzender der ID EP-ASEAN und Korea
- Bernhard Sälzer (CDU), Vorsitzender der ID EP-Japan
- Günter Rinsche (CDU), Vorsitzender des Ausschusses der Delegationsvorsitzenden des EP

Parlamentarische Delegationen:

- Fritz Pirkel (CSU), Vorsitzender Gemischter Ausschuß EG-Österreich
- Gerd Lemmer, Vorsitzender Gemischter Ausschuß EG-Türkei

Arbeitskreisleiter:

- Karl von Wogau (CDU), Arbeitskreis B (Wirtschaft, Energie und Forschung, Außenwirtschaft, Verkehr)
- Horst Langes (CDU), Arbeitskreis C (Haushalt, Landwirtschaft, Haushaltskontrolle)

Obleute:

- Otto von Habsburg (CSU), Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten und Sicherheit
- Reinhold Bocklet (CSU), Ausschuß für

Aktion »...macht Trier kinderfreundlich!« ein voller Erfolg

Eine Zwischenbilanz der vor knapp zwei Jahren begonnenen Aktion der Trierer CDU unter dem Motto „...macht Trier kinderfreundlich!“ hat jetzt der Kreis- und Fraktionsvorsitzende der CDU Trier, Christoph Böhr, vorgelegt.

Die gedruckte Bilanz kann man fast schon als ein kleines Buch bezeichnen. Auf rund 81 Druckseiten werden die wichtigsten Aktivitäten der Schwerpunktaktion skizziert. Dabei kommen auch die Initiativen der Stadtratsfraktion der CDU im Rat nicht zu kurz.

Eindrucksvoll, so Böhr, zeigen sich die Steigerungsraten im städtischen Haushalt zugunsten einer kinderfreundlicheren Gestaltung Triers. So sind die Ansätze im Kapitel „Förderung der Jugendhilfe“ — Kindergärten — von 1990 bis 1992 um ziemlich genau 5

Millionen Mark gestiegen. Sogenannte „sonstige Maßnahmen“ einer kinderfreundlichen Stadt wurden von 1 Million auf 2 Millionen Mark glatt verdoppelt und sind in den Jahren 1991 und 1992 um jeweils 45 und 36 Prozent angestiegen.

Ausführlich schildert die Zwischenbilanz die unterschiedlichsten Aktivitäten der CDU zur Verbesserung der Situation von Alleinerziehenden in Trier.

Erwähnt werden auch die Aktivitäten der CDU — von der Ausschreibung des Jugendkunstpreises unter dem Motto „Junge Künstler im Wettbewerb“ bis zu den Drachenfesten der CDU im Herbst.

Die Dokumentation kann kostenlos angefordert werden bei der CDU Trier, Kaiserstraße 24, 5500 Trier, Telefon 4 84 34.

Landwirtschaft, Fischerei und ländliche Entwicklung

- Elmar Brok (CDU), Ausschuß für soziale Angelegenheiten, Beschäftigung und Arbeitsumwelt
- Doris Pack (CDU), Ausschuß für Kultur, Jugend, Bildung und Medien
- Ursula Braun-Moser (CDU), Ausschuß für Entwicklung und Zusammenarbeit
- Diemut Theato (CDU), Ausschuß für Haushaltskontrolle, Ausschuß für Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Fragen der Immunität
- Marlene Lenz (CDU), Unterausschuß für Menschenrechte
- Elmar Brok (CDU), Interparlamentarische Delegation EP-USA

- Malangré (CDU), Ausschuß für Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Fragen der Immunität

Stellvertretende Obleute:

- Reimer Böge (CDU), Haushaltsausschuß
- Gerd Lemmer (CDU), Ausschuß für Außenwirtschaftsbeziehungen
- Georg Jarzembowski (CDU), Ausschuß für Verkehr und Fremdenverkehr
- Karl-Heinz Florenz (CDU), Ausschuß für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz
- Marlene Lenz (CDU), Ausschuß für die Rechte der Frau

Keine Chance dem Verbrechen

Mehr Sicherheit für den Bürger

Das organisierte Verbrechen ist auf dem Vormarsch: Rauschgifthandel, Autodiebstahl, Wohnungseinbrüche, Scheckbetrug, Waffenhandel, Mord. Internationale Banden verschaffen sich durch ihre kriminellen Machenschaften Gewinne in Milliardenhöhe.

Der Staat darf vor Kriminellen nicht zurückweichen. Deshalb fordert die CDU:

- X** Bessere Ausrüstung für die Polizei. Die Gangster arbeiten mit High-tech. Da muß die Polizei mithalten können.
- X** Die Polizei muß an die Hintermänner und Drahtzieher herankommen. Wir brauchen klare Gesetze, um verdeckte Ermittlungen und Rasterfahndung zu ermöglichen.
- X** Schwerkriminelle müssen härter bestraft werden. Strafe muß abschreckend wirken. Insbesondere für Dealer

müssen die Mindeststrafen heraufgesetzt werden.

X Kriminelle müssen dort gepackt werden, wo es sie am empfindlichsten trifft: am Geldbeutel. Das Verbrechen darf sich nicht auszahlen. Deshalb muß das Vermögen der Täter vom Staat eingezogen werden können. Wer schmutziges Geld bei Banken oder Unternehmen "waschen" will, muß durch gezielte Kontrollen auffliegen können.

Deutschland darf nicht zum Tummelplatz des internationalen Verbrechens werden.

Jetzt muß gehandelt werden. FDP und SPD dürfen die von der CDU vorgeschlagenen Maßnahmen nicht länger auf die lange Bank schieben. Sonst lachen sich die Ganoven ins Fäustchen und verdienen sich mit schmutzigen Geschäften eine goldene Nase.

Wir wollen Freiheit und Wohlstand der Bürger schützen. Deshalb machen wir uns stark für die innere Sicherheit.

CDU

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

CDU-Parkscheibe mit neuem Aufdruck



Ab sofort können Sie die neugestaltete CDU-Parkscheibe bestellen. Im Interesse des Umweltschutzes haben wir bei dieser Produktion auf die PVC-Klarsichthülle verzichtet sowie ausschließlich Recycling-Karton verwendet.

Bestell-Nr. 9814, Verpackungseinheit: 100 Exemplare, Preis je Einheit: 56,— DM.

UID

11/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 10050), Abonnementpreis jährlich 52,— DM, Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:**  Ver- einigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.